

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 866 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Wolfgang Thierse MdB
mahnt Differenzierung
bei der Bewertung der
DDR-Vergangenheit an.
Seite 1

Josef Vosen MdB warnt
vor einer unangemes-
senen Verkürzung der
Standortdiskussion
(Teil II und Schluß).
Seite 2

47. Jahrgang / 40

26. Februar 1992

Differenzieren tut not Sich der Geschichte stellen

Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD und der SPD-
Bundestagsfraktion

Die deutsche Art der Vergangenheitsbewältigung sei ein großer Fehler und wir begingen eine riesige Dummheit. Ich teile diese Ansicht von Andrzej Szczypiorski, dem großen polnischen Autor nicht. Aber richtig ist: Wir müssen sehr mutig sein, wenn wir verhindern wollen, daß die Aufarbeitung der Geschichte uns nachhaltiger beschädigt als die Geschichte selbst.

Wir brauchen Mut, um uns der bitteren DDR-Geschichte zu stellen. Ihr auszuweichen, sie zu verdrängen, mag auf den ersten Blick einfacher, bequemer sein. Aber die Vergangenheit, die Fragen, die Unsicherheiten, die Beschämungen würden uns begleiten, uns lähmen und den Neuanfang belasten. Es geht also um rückhaltloses Erinnern, um insistierende, peinigende Fragen an die Vergangenheit. Dies ist auch schmerzhaft, aber es bietet die Chance für ein befreiendes, weil wahrhaftiges Verhältnis zur eigenen Geschichte und Biographie. Ich habe es mit Martin Broszat, der den selbstkritischen Umgang mit der jüngeren Geschichte "eines der besten Elemente politischer Gesittung" nannte.

Nun haben die letzten beiden Jahre eine Fülle von Enthüllungen, Entdeckungen und Erschütterungen erbracht. Die Gefahr ist groß, davon erdrückt zu werden oder mit Zynismus beziehungsweise Resignation darauf zu reagieren. Das gegenwärtige Klima der Verdächtigungen, der Vorverurteilungen und der Pauschalurteile, das von den Medien erzeugt oder doch verstärkt wird, vergrößert diese Gefahr. Die Stichworte lauten moralische Elferer und Wahrheitssucher - und die "Akten". Die Akten der Staatssicherheit haben aber nicht als solche schon recht. Sie spiegeln nicht die Wahrheit wider, sondern sie geben ihren Wahrheitsgehalt erst preis, wenn die Situation rekonstruiert wird, die sie auf verzerrte und verzerrende Weise wiedergeben. Sie spielen eine wichtige Rolle, aber sie besitzen - wie der Bundespräsident feststellte - "keine unantastbare Autorität für jeden Fall. Vielfach werden sie angefertigt, um nachzuweisen, daß die Aufgabe der Staatssicherheit zum Schutz des Systems und zur Disziplinierung der Menschen erfolgreich erfüllt wird. (Ihre Gedanken und Worte sind zielgerichtet und systemkonform."

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsbewusst
wird aus dem Recycling-Papier



Das alles hindert kühle Strategen und Geschäftemacher nicht, ihre eigenen Ziele und Interessen zu verfolgen. So wird der Eindruck erzeugt, daß dieses "DDR-Volk" ein Spitzelvolk gewesen sei, daß unser altes Leben uns Zwielficht der Kollaboration getaucht ist. So werden Personen des Übergangs und des Neuanfangs moralisch diskreditiert. So wird eine Politik der Anerkennung von Realitäten, um diese zu ändern, eine Politik der kleinen Schritte, der Entspannung, die versucht hat, den Mächtigen Veränderungen, Erleichterungen, Vermenschlichung, Freiheitsräume abzutrotzen, in Verruf gebracht.

Wenn wir zulassen, daß die Vergangenheit zu solchen, sehr gegenwärtigen Zwecken instrumentalisiert wird, dann könnte Andrzej Szczygiorski recht bekommen. Wir brauchen deshalb zweitens Mut zum Differenzieren. Wir müssen widersprechen, wenn die moralischen Eiferer ihre Gut/Böse-Schablonen benutzen. Wir müssen widersprechen, wenn die Vereinfacher die Wahrheit mit dem Hammer suchen. Wir müssen darauf bestehen, daß der oft mühselige und sicherlich nicht strahlende Versuch, den eigenen Maßstäben von Anstand und Vernunft zu folgen und einen überlebensfähigen Modus vivendi zu finden, mit menschenverträglichen Maßstäben gemessen wird. Wir müssen unterscheiden zwischen rechtlicher, politischer und moralischer Bewertung. Das ist nicht notwendigerweise alles deckungsgleich. Wir müssen darauf bestehen, daß die repressiven Wirkungsmechanismen des DDR-Systems konkret aufgeklärt und bewertet werden, wann wir denn etwas begreifen, etwas lernen wollen.

Dies alles müssen wir leisten im Interesse des inneren Friedens im vereinigten Deutschland und im Interesse der Verständigung zwischen Ost und West.

Dafür brauchen wir Mut, Mut beim Erinnern und Mut beim Differenzieren.

(-/26. Februar 1992/st/ks)

Die japanische technologische Herausforderung ernst nehmen **(Teil II und Schluß)**

Die Standortdiskussion ist nicht nur konjunkturell bedingt

**Von Josef Vosen,
Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

In der Weltproduktion aller integrierter Schaltkreise war Japan 1990 mit 46,7% führend, gefolgt von den USA mit 39,2% und Europa mit 9,8%.

Bei den Hochleistungs-Speicherchips liegen die Japaner mit inzwischen fast 90% der Weltproduktion ganz weit vorne, die USA liegen mit 6% und Europa mit 4% weit dahinter.

Bei den Mikroprozessoren führen die amerikanischen Unternehmen mit fast 80% Weltmarktanteilen.

Bei den Spezialchips (Asics) wird der Weltmarkt gegenwärtig noch nicht total dominiert. Sollte auch dieses der Fall sein, würde Deutschland zu einem abhängigen Einkäufer einer Schlüsseltechnologie, weil der Hersteller den Zeitpunkt, das Volumen und den Preis der Zulieferung bestimmt.

Schon jetzt hat die Weltexportnation Deutschland auf dem Gebiet der Hochtechnologien ein Handelsbilanzdefizit von über 6 Mrd. DM (1990) erreicht. Die Bilanz ist seit 1987 defizitär. Das Handelsbilanzdefizit der EG bei den Hochtechnologien betrug 1989 bereits 62 Mrd. DM, das der USA 14 Mrd. DM, während Japan im gleichen Jahre ein Plus von 114 Mrd. DM verzeichnete.

Für die deutsche Industrie ist besonders bedenklich, daß ihre Systemstärke, nämlich die Verbindung von Hardware und Software, verlorenzugehen scheint. Dies dürfte auch ebensosehr für die USA gelten.

Die Defizite in der Querschnittstechnologie "Mikroelektronik" gefährden auch im Maschinenbau, im Automobilbau, bei der Elektrotechnik und in der Chemieindustrie unsere Marktpositionen auf mittlere Sicht.

Die künftig interessanten Märkte sind nicht die Chips - obwohl die Fähigkeit, sie zu fertigen natürlich nicht verloren gehen darf -, sondern die Anwenderindustrien, aus denen die reale Wertschöpfung in der Produktion entsteht. Gerade diese Anwendermärkte wollen japanische Unternehmen in Zukunft verstärkt angehen.

Die Gefahr besteht, daß Europa und die USA dabei in eine doppelte Abhängigkeit geraten: Einerseits werden wir abhängig bei der Belieferung von Chips und Komponenten neuester Generation aus Japan, andererseits kann sich eine japanische Dominanz bei der Herstellung von Werkzeugmaschinensteuerungen, Verfahrens - Know how und Reinst-Chemikalien herausbilden.

Die europäischen und auch die amerikanischen Unternehmen haben zu spät die Notwendigkeit einer weltweiten Unternehmensstrategie erkannt. Ihr Horizont war das eigene Land, allenfalls die Europäische Gemeinschaft bzw. der eigene Binnenmarkt der USA.

Diese "strategische Denkfaulheit" ist leider bei Industrie und Staat bis heute noch nicht überwunden.

So ist Japan die erste Finanzmacht und die erste Industriemacht schon geworden, und es schickt sich an, die erste Technologiemacht zu werden. Wie dies geschah, darüber sind inzwischen Bücher genug veröffentlicht worden. Bei uns hat Konrad Seitz dazu Entscheidendes gesagt.

Dies alles aber geschah - und das muß man mit dem nötigen Ernst betonen - im Windschatten des Kalten Krieges, für dessen Ende die USA und die Europäer unterdessen die Hauptlasten - auch für Japans Freiheit - getragen haben.

In dieser Lage müssen wir eine Mischung von verschiedenen Maßnahmen ergreifen.

Diese Maßnahmen knüpfen an die fünf entscheidenden Komplexe der Analyse an. Diese fünf Punkte sind:

- Wir müssen unser industrielles Verhalten ändern, verbessern und rationalisieren.
- Wir müssen staatliche Unterstützung für die Schlüsselindustrie Informationstechnik geben, und Staat und Wirtschaft müssen zu einem neuen Miteinander finden.
- Wir müssen mit Japan ein "burden sharing" der Folgen des Kalten Krieges vereinbaren.
- Wir müssen Japan dazu bringen, sich an unsere Infrastrukturmaßstäbe anzugleichen.
- Wir müssen diese GATT - Runde zum Erfolg führen, und mit Japan über die Reziprozität der Marktöffnung und die Einhaltung der Spielregeln einig werden.

Dazu jetzt jeweils noch einige Anmerkungen.

Die Unternehmen müssen selber etwas tun, Europa und Amerika müssen selber etwas tun, um die Wettbewerbsfähigkeit in ihrem eigenen Lande an das japanische Tempo anzugleichen. Dies bedeutet, die Unternehmen selbst müssen von Innen heraus einen Reformprozeß einleiten.

ten, der effektiveres phantasievolleres Management, Gruppenarbeit, Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verantwortung, Vermögenabeteiligung, Selbstdentifikation mit dem Unternehmen, höhere Motivation und Innovationsbewußtsein auf allen Ebenen stärkt. Dazu gehört mehr, bessere und länger dauernde innerbetriebliche Aus- und Fortbildung.

Aus einer vom früheren Dachverband der Automobilhersteller in Auftrag gegebenen Studie der Unternehmensberatungs-Firma McKinsey (Steering the european car industry through the 1990's) geht eindeutig hervor, daß die Produktivitätsvorteile der japanischen Hersteller nur zu einem Drittel auf den sog. Faktorkosten beruhen. Lediglich ein Teil dieser Faktorkosten sind Personalkosten. Der Hauptumfang ergibt sich zu einem weiteren Drittel aus fertigungsgerechter Konstruktion japanischer Autos und zu einem Drittel aus rationelleren Managementsystemen. Ich möchte hier daran erinnern, daß wesentliche Impulse der sog. 'lean production' schon in den 70er Jahren in deutschen Instituten erarbeitet, von der Industrie aber nicht angewendet wurden.

Für die SPD sind hierbei zwei Punkte klar: Verantwortlich für die Formulierung von Gegenstrategien sind in erster Linie die Unternehmen selbst. Nur in den Unternehmen ist die notwendige Marktnähe und Sachkenntnis vorhanden. Und jede Industriepolitik muß im Grundsatz marktorientiert sein. Eine lenkende staatliche Industriepolitik wäre überfordert und würde die Probleme wahrscheinlich verschlimmern.

Aber wenn Marktunvollkommenheiten vorliegen oder die Abwehr ausländischer Wettbewerbsverfälschungen notwendig ist, muß die Politik eingreifen. Hieran kann künftig kein Zweifel sein.

Aufgaben des Staates hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft - wie oben dargestellt - formuliert.

Die SPD hat diese beiden Komplexe - Unternehmen und Staat - in einer Entschließung ihrer Fraktionsvorsitzenden in Stuttgart am 22.11.1991 wie folgt zusammengefaßt:

- Die Forschungsanstrengungen in der Europäischen Gemeinschaft sind zu erhöhen und durch Kooperation zu bündeln.
- Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Unternehmen und der Forschung muß verbessert werden.
- In der Mikroelektronik und auf dem Gebiet der schnellen Rechner ist eine gesamt-europäische Strategie dringlicher denn je.
- Insbesondere die Automobilindustrie muß von Beginn an in notwendige Veränderungen der Verkehrspolitik einbezogen werden.
- Wenn wir die Produktivität in deutschen Unternehmen weiter steigern wollen, müssen wir eine Abkehr von der extremen Arbeitslosigkeit vornehmen und statt dessen die stärkere Nutzung des Mitarbeiterpotentials auf allen Ebenen betreiben. Gruppenarbeit kann hier ein sinnvolles Mittel sein.
- Die europäische Industrie sollte ermutigt werden, sich der fernöstlichen Konkurrenz auch vor Ort zu stellen. Vermehrte Direktinvestitionen in Japan sind notwendig.
- Schließlich fordert die SPD einen ständigen technologiapolitischen und industriepolitischen Dialog zwischen Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft als eine Art MITI - Äquivalent.

Die Bundesregierung wird weder durch das Bundeswirtschaftsministerium noch durch das Bundesforschungsministerium diesen Anforderungen gerecht. Insbesondere bei der Förderung der Informationstechnik ist deutlich geworden, daß der deutsche Abstieg in dieser Schlüsseltechnologie parallel mit der Amtszeit des jetzigen Bundesforschungsministers vorstatten ging.

Für unser Verhältnis zu Japan müßte dies ferner bedeuten: Wir müssen uns ernsthaft und mehr mit Japan beschäftigen. Nicht Japan ist das "Ende der Welt", sondern u. U. bald wir; wir müssen nach Japan gehen und uns dort engagieren, und wir müssen japanisch lernen und Japan verstehen lernen.

Der dritte Punkt betrifft das "burden sharing" nach dem Ende des Kalten Krieges.

Die USA und Europa haben die Lasten des Kalten Krieges getragen. Die USA hat unvorstellbare Konversionsprobleme. Die Europäer haben das Armenhaus Ost-europa vor der Tür. Japan streitet sich um einige Kurilen-Inseln. Das kann so nicht bleiben.

Wenn Japan ein vergleichbares "Ungleichgewicht" für seine Volkswirtschaft verkraften muss, so wird der ungleiche Wettbewerb, der eben so nicht nach den Spielregeln abläuft, von selbst in erträglichere Bahnen einmünden. Dann werden sich die vollkommen ungleichen Startvoraussetzungen für die Zeit nach dem Kalten Krieg, nach und nach egalisieren. Deshalb ist der angemessene "Brocken" für die Betreuung durch Japan die ehemalige Sowjetunion. Die japanische "Kapitalkraft" ist genau das, was die GUS zu ihrer Herstellung einer Marktwirtschaft, zur Ablastenbeseitigung und zu einer modernen Infrastruktur braucht. Hier denke ich an "unentgeltliche Leistungen" im Rahmen der Zahlungsbilanz, wobei Japan seine ungeheuren Währungsreserven sinnvoll einsetzen kann..

Die bisherigen Anstöße in dieser Richtung gegenüber der japanischen Regierung genügen nicht. Auch das Gewicht der übrigen Europäer und der USA müssen hier ins Spiel gebracht werden.

Man sollte an ein trilaterales Abkommen über "burden sharing" nachdenken.

Der vierte Punkt betrifft das zwanzig Jahre alte Problem der unterentwickelten japanischen Infrastruktur. Schon Mitte der achtziger Jahre haben die USA eine "Strategic Impediment initiative" gegenüber der japanischen Regierung durchgesetzt, und die japanische Regierung bewegt, 4 Trillionen Yen (ca. 60 Mrd. DM) in die eigene Infrastruktur für Wohnungen, Kanalisationen, Leitungsnetze, Strassen etc. zu stecken. Dies war - wie sich jeder heute an Ort und Stelle überzeugen kann - weitaus zu wenig. Eine gewisse japanische Annäherung an diese Forderung dürfte mit den vor zwei Wochen gefallenen, aufsehenerregenden Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden von Sony, Akio Morita, in der Zeitschrift "Bungei - Shunju" (Time vom 03. Februar 1991) eingeleitet worden sein. Morita sagte, daß "japanische Unternehmen sich der Tatsache bewußt sein sollten, daß die europäische und amerikanische Toleranz von japanischen Geschäftspraktiken sich im Augenblick den Grenzen nähert". Er fährt fort: "An diesem kritischen Punkt sollten die japanischen Unternehmen wahrnehmen, daß ihnen nicht länger erlaubt sein wird, ihre egozentrische Strategie von wirtschaftlicher Effizienz und Erfolg im Markt fortzusetzen". Und beim Weltwirtschaftsforum in Davos fügte er hinzu, daß, wo es wegen einer Monopolstellung keinen Wettbewerb mehr gebe, auch Regeln keinen Sinn mehr machten. Vielleicht sei es aber denkbar, daß der freie und faire Wettbewerb über das GATT verbessert werde, etwa durch Regeln für Dividenden, Lohnpolitik und Arbeitszeit als Rahmenbedingungen. Für die japanische Industrie könnte das bedeuten, daß die Auslandspreise angehoben werden müßten...

Wenn sich Morita in Japan durchsetzt, sehe ich den Durchbruch der Vernunft.

Als fünften und letzten Punkte will ich die Forderung erheben, daß dem Abschluß der Uruguay-Runde des GATT überragende Bedeutung zukommt.

Aber auf dieser Basis müssen wir mit Japan ernsthaft über die Reziprozität reden, d.h. darüber, daß Japan in unseren Ländern nur noch nach Maßgabe gleicher Direkt-Investitionen unserer Länder in Japan investieren darf. Diese sektorspezifische Marktöffnungsvereinbarungen, wie sie Präsident Bush in Japan angefangen hat, sind unerlässlich auch für Europa. Japan muß die gleichen fairen Handelspraktiken anwenden wie wir. Handel darf kein "gegnertischer Handel" - wie Peter Drucker es nannte - sein.

Autoren der Friedrich-Ebert-Stiftung schlagen in einem im Oktober 1991 veröffentlichten Gutachten über "Japanische Unternehmen der elektronischen Industrie - Ursachen der Wettbewerbsfähigkeit und Chancen einer europäischen Aufholstrategie" vor:

"Die Handelspolitik sollte weiter darauf ausgerichtet sein, japanische Unternehmen in die EG zu ziehen; aber local content-Regelungen, die Beteiligung an bzw. der Ausschluß von europäischen Forschungsprojekten, lokale Subventionen usw. sollten darauf zielen, die "Naturalisierung" der "japanischen transplants" zu befördern." Die entscheidende Aufgabe der Handelspolitik sei jedoch offensiver Natur. Es gehe um die Öffnung des japanischen Marktes. Ein formell wie informell geschützter Binnenmarkt ist nach wie vor einer der wichtigsten Aktivposten japanischer Unternehmen. Aber die Konfrontation der internationalisierten westlichen Industrieländer mit einem als "merkantilistisch" denunzierten Aussenseiter würde auch in Zukunft den Nährboden für eine Vielzahl von Konflikten abgeben, die Japan und seinen Handelspartnern gleichermaßen schaden. Die Internationalisierung der japanischen Binnenwirtschaft ist längst überfällig und liegt im Interesse nicht nur der Handelspartner Japans, sondern auch der japanischen Arbeitnehmer, Verbraucher, Sparer, Aktionäre und Kleinunternehmer. Relevante Teile der japanischen Administration sind sich dessen bewußt.

Es geht um die Frage, ob wir mit Japan Kooperation oder Konfrontation haben werden.

Ein Weg, auf dem die Öffnung des japanischen Binnenmarktes beschleunigt werden könnte - so schlägt die FE - Studie vor - wäre die systematische Förderung, u.U. auch direkte Subventionierung europäischer Direktinvestitionen in Japan. So könnten Subventionen an europäische Unternehmen der elektronischen Industrie mit der Auflage versehen werden, daß die auf diese Weise bevorzugten Firmen ihre Präsenz in Japan stärken, und zwar in einem Umfang, der an die Höhe der empfangenen Subventionen gekoppelt ist. Eine zweite Möglichkeit wäre die Bildung eines europäischen Fonds, aus dem Investitionen in Japan für einen Übergangszeitraum subventioniert würden. "Mitnahmeeffekte" wären zwar nicht grundsätzlich auszuschließen, könnten aber durch eine gesetzlich festgelegte, degressive Gestaltung der Subventionierung in erträglichen Grenzen gehalten werden.

Subventionen dieser Art rechtfertigen sich mit den besonderen und für entwickelte Industrieländer untypischen Kosten, mit denen Direktinvestitionen in Japan verbunden sind. Sie könnten europäischen Firmen in einer Einstiegsphase den "Atem" verschaffen, dessen es zur Überwindung der vielfältigen Hindernisse bedarf. Kriterien der Subventionsvergabe (etwa ein in einem vorgegebenen, aber relativ großzügig ausgelegten Zeitrahmen zu gewinnender Mindest-Marktanteil) müßten verhindern, daß hier ein Faß ohne Boden aufgemacht wird.

Ob wir soweit gehen können, ohne gegen das GATT zu verstoßen, erscheint mir zweifelhaft.

Richtig ist und bleibt aber, daß das Problem der unfairen Handelspraktiken deutlicher und umfassender als bisher mit Japan diskutiert werden muß.

Die japanische technologische Herausforderung muß endlich ernst genommen werden.

(-/26. Februar 1992/st/ks)
